

Bund der  
Strafvollzugsbediensteten  
Deutschlands (BSBD)

Fachzeitschrift  
für die Bediensteten des  
Justizvollzugs

# DER VOLLZUGS- DIENST



Protest-Demo in Berlin

Im Facheil:

- **Stellungnahme des BSBD zur Verfassungsmäßigkeit der Jugendstrafe**
- **Rechtsprechung: LG Hannover erklärt Doppelbelegung von Einzelzellen für rechtswidrig**

1

Januar 2003

## Besuchen Sie uns im Internet:



# www.bsbd.de

## **Gegen das Wegsehen - Mobbing -Ausstellung in der JVA Celle**

Das Phänomen Mobbing ist in allen Arbeitsbereichen weit verbreitet. Ca. 7 bis 8 Prozent aller abhängig Beschäftigten leiden direkt unter dem Phänomen Mobbing. Intensives Wegschauen ist da sicher keine Lösung.

Die JVA Celle will genau hinschauen. Mit der Unterstützung der Anstaltsleitung hat die Arbeitsgemeinschaft Gesundheitsförderung der JVA Celle zunächst eine Ausstellung zum Thema Mobbing präsentiert. In einer auch von Gästen außerhalb der JVA gut besuchten Dienstversammlung wurde durch den Kommunikationsberater Herrn Dancs ein zugleich lebhafter wie nachdrücklicher Einführungsvortrag gehalten.

Mobbing wächst auf dem

Nährboden Angst, Lethargie und dem Wegschauen. Entsprechend sind alle Mitarbeiter und insbesondere die Führungskräfte aufgerufen, Mobbing zu verhindern und frühzeitig einzuschreiten.

Neben dem menschlichen Leid sind auch die Kosten in Höhe von 50.000,- bis 150.000,- Euro pro Fall und Jahr aufgrund von Arbeitsausfall, Behandlungskosten (Kuren) und erheblicher Störung der Arbeitsabläufe bemerkenswert. Verschiedene andere Justizvollzugsanstalten haben ihr Interesse bekundet. Weitere Informationen sind auch über das Gesundheitszentrum für den Niedersächsischen Justizvollzug, Tel.: 0441 / 779 1132, Herrn **Bögemann**, erhältlich.

Dr. Vahjen

## **Niedersachsen**

### **Ortsverband Hameln überschreitet die „Schallgrenze“ ...**

Günter Fichte – JVA Bückeburg – wird das 300. Mitglied im Ortsverband Hameln



**Der VNSB wächst: An QUALITÄT; das spüren hoffentlich alle unsere Mitglieder. Und an QUANTITÄT, davon wollen wir hier berichten.**

Wir dürfen den stellvertretenden Anstaltsleiter der JVA Bückeburg, Herrn Günter Fichte, als 300. Mitglied des VNSB – Ortsverband Hameln – in unseren Reihen begrüßen und willkommen heißen.

Mit der Aufnahme in den VNSB hat er sicher die richtige Entscheidung getroffen!

Dies nahm der Vorstand des Ortsverbandes Hameln am 10.12.2002 wörtlich: Günter Fichte wurde zur Sitzung des Ortsverbandes in die Jugendanstalt Hameln eingeladen.

Der stellvertretende Vorsitzende des VNSB – OV Hameln,

Wolfgang Biock und der stellvertretende Landesvorsitzende, Gerd Solinski begrüßten Günter Fichte in einem angemessenen Rahmen.

Ein Blumenstrauß und ein Geldgeschenk wurden als Geste der Freude und als Ehrung überreicht sowie die einhellige Freude des Vorstandes über das Überschreiten der „Schallgrenze 300“ zum Ausdruck gebracht.

Das zum Durchbrechen der Schallmauer ja immer ein heftiger Knall gehört, weiß Günter Fichte: Er freute sich über das „Willkommen im VNSB“ und berichtete in gemütlicher und entspannter Runde, das Geldgeschenk zum Besuch des Weihnachtsmarktes in Stockholm einsetzen zu wollen.

Also Günter:“ ha det sa roligt!“

## **Nordrhein-Westfalen**

### **Der Kampf hat begonnen!**

40.000 demonstrieren in Berlin gegen den Systemwechsel

*14. Dezember 2002. Draußen ist es kalt wie im Gefrierschrank, an sich kein Wetter, um sich lange außerhalb der wärmenden Wohnungen aufzuhalten. Doch heute ist alles anders. Die Kampfansage der öffentlichen Arbeitgeber ist bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes angekommen. Mehr als 40.000 Angestellte, im DBB und dessen Mitgliedsgewerkschaften organisierte Arbeiter und Beamte haben sich trotz der widrigen äußeren Bedingungen nicht abschrecken lassen und sind nach Berlin gekommen, um ihrem Frust, ihrer Verbitterung lautstark Luft zu machen. Gründe gibt es genug. Die Tarifverhandlungen kommen nicht vom Fleck. Die Arbeitgeber haben nicht einmal ein Verhandlungsangebot unterbreitet. Vielmehr wird von der Streichung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes geredet, über eine Nullrunde für den öffentlichen Dienst bei gleichzeitiger Verlängerung der Arbeitszeit wird spekuliert. Berlins Regierender Bürgermeister Wowereit hat Einkommenseinbußen bis zu 18 Prozent in die Debatte eingeführt und Unterstützung erhalten. Jetzt ist das Fass übergelaufen. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wollen sich nicht länger als vermeintliche Ursache der Finanzmisere beschimpfen und als Objekt der politischen Haushaltssanierer missbrauchen lassen.*

Um 13.00 Uhr hat sich je ein Demonstrationszug am „Potsdamer Platz“ und vor dem „Roten Rathaus“ formiert.

Die Demonstrationsteilnehmer sind bestens vorbereitet. Fah-

nen werden geschwenkt, Transparente ausgerollt, Trillerpfeifen in Aktion gesetzt. In ihrem Protest sind sich alle einig.

Hier marschieren Polizeibeamte neben den Frauen und Män-

nern aus dem Strafvollzug, die Feuerwehr zeigt ebenso Präsenz wie der Zoll und die Finanzverwaltung. Arbeiter, Angestellte und Beamte fühlen sich solidarisch verbunden in der gemeinsam empfundenen

Wut auf eine Politik, die sie zum Sündenbock stempelt und die ihre für die Gesellschaft häufig im Schichtdienst erbrachten Leistungen mit Füßen tritt.

Fortsetzung Seite 32

## Kampfansagen

Entsprechend drastische Formulierungen haben die Demonstranten für ihren Protest gewählt

- „Wir sind keine Staatsklaven“,
- „Kampfansage verlangt Widerstand“,
- „Wir haben die Schnauze endgültig voll!“,
- „Tarifdiktat bedeutet Arbeitskampf“ und
- „Ost-West-Angleichung jetzt!“

ist auf ihren Transparenten zu lesen, als sich die beiden Marschsäulen auf dem einstigen und künftigen Prachtboulevard „Unter den Linden“ vereinigen. Spätestens jetzt wird auch für den letzten unbeteiligten Beobachter deutlich sichtbar, welch machtvolle Demonstration sich vorbei am „Adlon“ auf das Brandenburger Tor zubewegt. Die Quadriga im Blick, die Rassel fest in der Hand schreit die Menge der zigtausend Demonstranten ihren Protest heraus. Selbst vor gesundheitsgefährdendem Engagement wird nicht zurückgeschreckt. Es dauert geraume Zeit, bis der Engpass „Brandenburger Tor“ passiert ist. Als sich die Menge dort zur Abschlusskundgebung formiert, klart es auf, die Sonne lugt hinter der sich auflöckernden Bewölkung hervor. Sie vermag zwar keine spürbare Wärme zu spenden, doch hellt sie die Gemüter auf, lässt Hoffnung aufkeimen, dass auch eine desaströse Wirtschafts- und Finanzpolitik die

Fähigkeit unserer Gesellschaft zu einem neuen Aufschwung nicht gänzlich verschütten kann.

Nachdem ein wütendes Pfeifkonzert langsam abebbt, tritt **DBB-Chef Erhard Geyer** ans Mikrofon. Er ruft den Verantwortlichen ins Gedächtnis, dass es die Arbeiter, Angestellten und Beamten in Bund, Ländern und Gemeinden sind, an deren Wirken der Staat erkennbar und erfahrbar werde.

**„Wir sind es, die die staatlichen Ziele der Politik umsetzen, und zwar in guten wie in schlechten Zeiten. Wir sind es, die für die Einnahmen des Staates sorgen, die äußere und innere Sicherheit garantieren. Ohne uns wäre der Staat nicht vorhanden, wäre nur eine abstrakte Idee“**, ruft der Gewerkschafter den Demonstranten zu, um sofort die schlechte Behandlung des öffentlichen Dienstes durch die Politik anzuprangern. „Unsere Solidarität, unser täglicher Einsatz für das Funktionieren des Staates hat die Mächtigen in Regierungen und Parlamenten aber nur herausgefordert, unsere Loyalität mit Füßen zu treten. Wir haben jahrelang jede Provokation hingenommen. Doch jetzt sagen wir: Es reicht! Jetzt, wo die Politiker dabei sind, dem öffentlichen Dienst die Geschäftsgrundlage aufzukündigen, nehmen wir den Fehdehandschuh auf. Wer unsere Loyalität derart gering schätzt, der muss damit rechnen, dass diese Loyalität zerbricht“.

## „Der öffentliche Dienst ist keine Knetmasse!“

**Geyer** kritisiert anschließend den Verfall der politischen Sitten. Der Politik wirft er vor, den öffentlichen Dienst nach Guts-herrenart zu behandeln. Immer mehr Aufgaben mit immer weniger Personal, eine immer höhere Arbeitsverdichtung bei immer schlechterer Bezahlung, das seien Gleichungen, die nicht aufgehen könnten. Dies fordere den **DBB und seine Mitgliedsgewerkschaften** zum entschlossenen Widerstand heraus. „Die Vertrauenskrise der Politik ist Tages-thema in den Medien, unser

Vertrauen in die Politiker schwindet von Tag zu Tag“, ruft **Geyer** unter dem frenetischen Beifall der 40.000 aus. „Wir sind keine Knetmasse, die man nach Belieben modellieren kann. Wir sind nicht die Sparschweine, die man schlachten kann, wenn die öffentlichen Haushalte an Schwindsucht leiden“. Als **Geyer** verkündet, dass diese Abzockerpolitik auf den entschiedenen Protest der Betroffenen treffen wird, unterbricht ihn ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert. Die Demonstran-



Vor dem Gebäude des Bundesrates haben die Demonstranten ihr „Letztes Hemd“ aufgehängt. Mit diesem symbolischen Akt verlangen sie berufliche Perspektiven und keine Kahlschlagpolitik auf ihre Kosten.

ten sind es offenkundig leid, sich permanent als eine der wesentlichen Ursachen für die marode Finanzsituation der Gebietskörperschaften diffamieren zu lassen. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vermehren sich nicht durch Zellteilung. Es sind die Politiker, die den Personalbe-

darf maßgeblich bestimmen. Als sich **Geyer** mit den Zumutungen befasst, die durch die Politik zwischenzeitlich in die Diskussion eingeführt worden sind, wird es wieder laut vor dem Brandenburger Tor. „Was uns zugemutet wird, nimmt langsam groteske Formen an.

**Die älteren Kolleginnen und Kollegen können sich nicht einmal mehr auf die erdiente Versorgung verlassen. Mit der Absenkung der Aktivzüge, der Ruhegehälter, der Abkopplung von der allgemeinen Einkommensentwicklung werden die Beamten mehrfach bestraft.** Hier wird mit dem Feuer gespielt“, spricht **Geyer** genau das aus, was die protestierenden Kolleginnen und Kollegen nach Berlin geführt hat.

Die Finanzmisere hat nach **Geyers** Einschätzung allein die Politik zu verantworten. Wer Reformen mit Sparorgien verwechsle, wer Streichungen als Reform verkaufe, wer die Rechte der Beschäftigten missachte, wer den öffentlichen Dienst demontiere, der werde kläglich scheitern, und zwar am erbitterten Wider-



Mit einem kraftvollen „Wir haben die Schnauze voll!“, drückte **DBB-Chef Erhard Geyer** aus, was die Betroffenen von dem durch die Politik betriebenen Systemwechsel im öffentlichen Dienst halten, nämlich nichts.

stand des öffentlichen Dienstes. Nach Meinung des **DBB**-Chefs identifizieren sich die Beschäftigten mit ihrer Arbeit, wollen dass der öffentliche Dienst konkurrenzfähig und leistungsstark bleibt. **Das fortwährende Gerede der Politik von der Modernisierung des Staates entlarvt der Gewerkschafter als bloße Worthülsen, hinter denen sich in der Regel die ungebremste Sparwut verbirgt.** Und dann beklagt **Geyer**, dass der öffentliche Dienst in den zurückliegenden Jahren bereits mit 30 Milliarden Euro zur Kasse gebeten wurde, dass 100.000 Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden und dass andererseits die Regierungen mit einer wahren Gesetzesflut den Verwaltungsaufwand ins Unermessliche gesteigert haben. Um sich ein Bild von den Verhältnissen vor Ort zu verschaffen, sollten sich die Politiker in den Behörden, bei der Polizei und im Strafvollzug einmal umsehen, dann könnten sie ermessen, was dort mit immer weniger Personal geleistet werden muss. „Die Beschäftigten haben eine Politik verdient, die ihrem Engagement gerecht wird.“

**Wir fordern** die lineare Anhebung der Einkommen für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes um 3,5 Prozent.

**Wir fordern** die verzögerungsfreie Übertragung des Tarifabschlusses auf den Beamtenbereich, die Ost-West-Angleichung der Gehälter.

**Wir fordern** den Verzicht auf Öffnungsklauseln in der Beamtenbesoldung“, macht **Geyer** die Erwartungshaltung der Beschäftigten unmissverständlich klar.

## „Wir haben die Schnauze voll!“

Den Politikern droht der **DBB**-Chef einen harten Winter für den Fall an, dass sie nicht von ihrem Crash-Kurs ablassen. „Wenn die Angestellten und Arbeiter streiken müssen, um ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen, wenn wir nur so verdeutlichen können, dass die Einkommen im öffentlichen Dienst nicht der Notgrochen des Staates für schlechte Zeiten sind, dann werden wir dies entschlossen tun. Denn: Wir haben die Schnauze voll. Es reicht uns endgültig!“

findet **Geyer** harte Worte, die durch den lang anhaltenden Schlussapplaus der Demonstranten unterstrichen werden. Die jetzt eintretende kurze Verschnaufpause nutzen viele Demonstrationsteilnehmer, um sich mit warmen Getränken einzudecken. Das Schwenken

der Transparente, die Betätigung der Trillerpfeifen hat durstig gemacht. Viele Fachgewerkschaften haben Stände errichtet, eine eigene Logistik aufgebaut, um die aus ganz Deutschland angereisten Kolleginnen und Kollegen zu versorgen.

## Politik betreibt die Demontage des öffentlichen Dienstes

Als **Robert Dera**, Vorsitzender der **DBB-Tarifunion** und Verhandlungsführer in der laufenden Tarifaufeinandersetzung, ans Mikrofon tritt, steigt der Lärmpegel erneut an. Er beschwört die Solidarität der Demonstranten. Die Auseinandersetzung mit der Politik habe eine neue Qualität erreicht. Es gehe nicht nur darum, dass die Arbeitgeber Weihnachts- und Urlaubsgeld zum Stopfen der Haushaltslöcher nutzen wollen oder den

Kolleginnen und Kollegen in den neuen Bundesländern immer noch gleicher Lohn für gleiche Arbeit vorenthalten werde. Die Arbeitgeber wollten vielmehr den Systemwechsel. „Die Politik betreibt die Demontage des öffentlichen Dienstes. Es geht nicht um Umbau. Es geht um Zerstörung. Das werden wir nicht zulassen“, feuert **Dera** die Kolleginnen und Kollegen zu einem wütenden Pfeifkonzert an. Hart kritisiert der Gewerk-

schafter den rüden Umgang der Politik mit dem öffentlichen Dienst. „Wer uns als 'faule Verwaltungsheinis' beschimpft und, wie der Berliner Finanzsenator **Sarrazin**, seine Mitarbeiter als 'übelriechend' diffamiert, der hat eine rüde Antwort verdient. Das einzig Übelriechende in Berlin ist die unseriöse Haushaltspolitik des Senats. Wer für seine eigenen Schuldenpolitik den öffentlichen Dienst in Geiselnhaft nimmt, dem rufen wir zu: Nicht mit uns!“ Die Demonstranten unterstreichen diese Aussage mit stürmischem Applaus.

## Großartige Versprechungen vor der Wahl – und danach?

Der Chef der **DBB-Tarifunion** beklagt die mangelnde Verlässlichkeit der Politik, indem er darauf verweist, dass vor der Wahl großartige Versprechungen abgegeben worden seien, um nach dem Votum des Wählers das Tal des Jammers auszurufen. Hierdurch sei ein Stück Vertrauen in die Politik verloren gegangen. Wenn die Politik jetzt aber, um von ihrem eigenen Versagen abzulenken, mit dem Finger auf den öffentlichen Dienst zeige, um ihn als Schuldigen zu brandmarken, dann sei das nicht akzeptabel. „Diese Argumentation ist vor allem eines: niederträchtig und gemein!“

Anschließend fragt **Dera**,

- wer denn die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eingestellt habe,
- wer denn an der Gesetzesflut bastle, die die Arbeit der Verwaltungen so sehr erschwere?

Hierfür, so der Gewerkschafter, verlange man eine sachgerechte Bezahlung. „Wenn es sein muss, dann auch durch Arbeitskampf!“ Mit den ersten Warnstreiks sei der Politik klar gemacht worden, dass der öffentliche Dienst zum Streik entschlossen sei.

In der laufenden Tarifaufeinandersetzung, erläutert **Dera**, werfe die Politik Raubbomben. „Noch mit demselben Atemzug, mit dem sie die angeblich so sicheren Arbeitsplätze beschwören, drohen sie im Falle von Einkommenser-



**Während DBB-Chef Erhard Geyer den Politikern die Forderungen der Demonstranten ins Stammbuch schreibt, versuchen Kolleginnen und Kollegen mit warmen Getränken die Auswirkungen der geradezu sibirischen Kälte zu bekämpfen.**

höhungen massiven Arbeitsplatzabbau und betriebsbedingte Entlassungen an. Von daher verbitten wir uns den dümmlichen Vergleich mit der Privatwirtschaft. Dort handeln die Arbeitgeber wenigstens erfolgsorientiert und zuverlässig“.

Der Beifall der Demonstranten lässt den Chef der **DBB-Tarifunion** kurzzeitig verstummen, bevor er wieder die Stimme hebt und den öffentlichen Arbeitgebern vorhält, kein privater Arbeitgeber würde auf die Idee kommen, sein Personal so zu demotivieren, wie es die öffentlichen Arbeitgeber tun. In der Privatwirtschaft würde niemand Arbeitsplätze abbauen, ohne die Verfahrensabläufe zu vereinfachen oder zu reduzieren. Kein privater Arbeitgeber würde sich Millionen an Einnahmen durch die Lappen gehen lassen, nur um beim Personal einige Hunderttausend Euro einzusparen. In der Privatwirtschaft gelte das Personal als wichtigste Ressource, im öffentlichen Dienst sehe die Politik die Angestellten, Arbeiter und Beamten als not-



**Robert Dera, Chef der DBB-Tarifunion, stellte den Politikern die Frage nach ihrer Glaubwürdigkeit: „Schlimmster Populismus ist es aber, davon zu reden, wir müssten den Gürtel enger schnallen, und sich dann selbst, wie der Landtag in Kiel, mit 5,7 Prozent zu bedienen“.**

wendiges Übel an. „Das lassen wir uns nicht länger gefallen! Wir sind zu Streik und Demonstration bereit!“, ruft **Dera** der Versammlung mit sich überschlagender Stimme zu. Zur Beruhigung verweist der Gewerkschafter dann darauf,

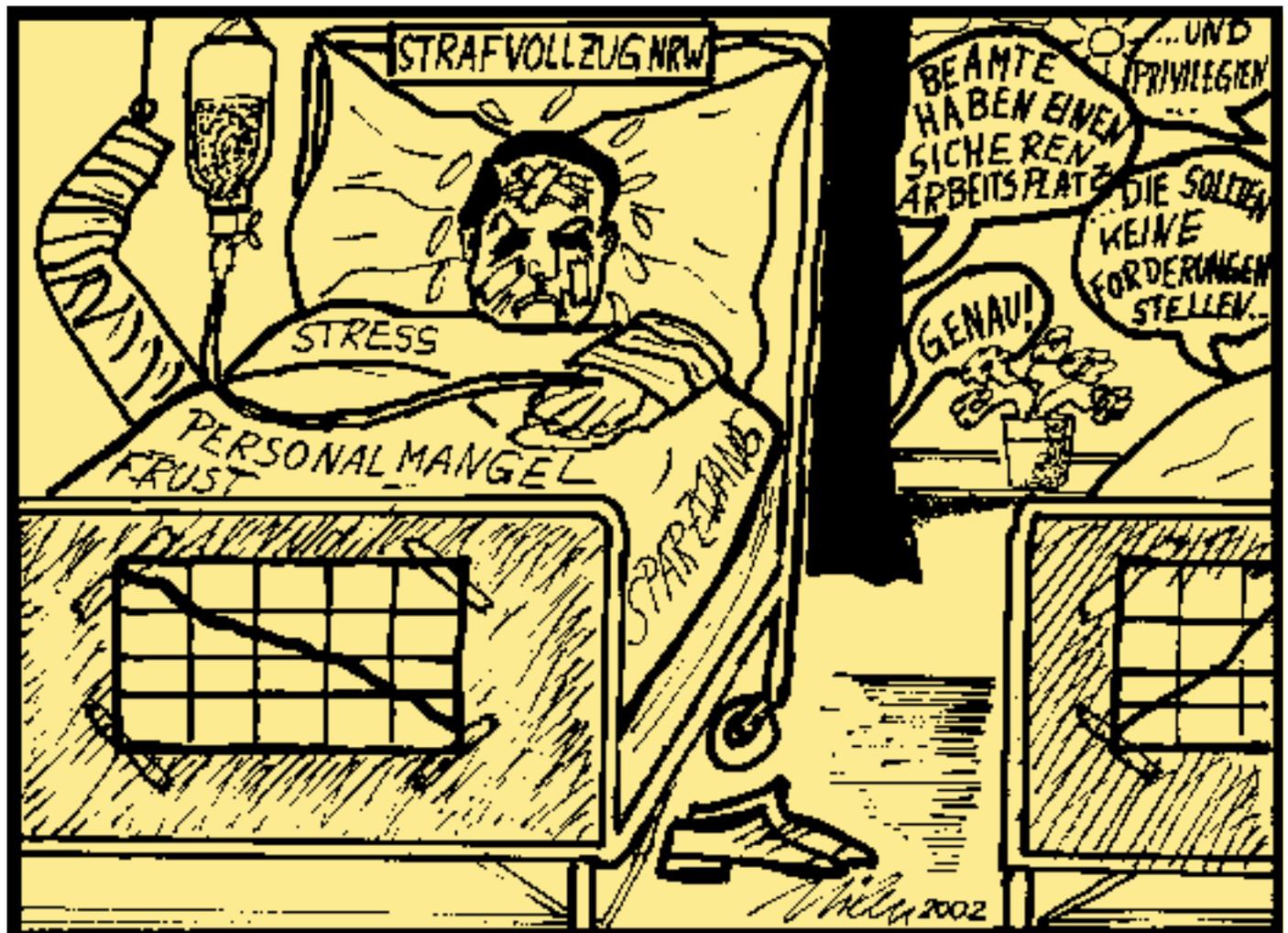
dass sich ein Streik nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger richte, deshalb werde darauf geachtet, dass die Auswirkungen begrenzt blieben. Was die öffentlichen Arbeitgeber jetzt im Bereich der Bildung, der Sicherheit und der Gesundheit plant, sei hingegen geeignet, diese Bereiche dauerhaft lahm zu legen. **„So läutet die Politik nicht nur das Totenglöckchen für den öffentlichen Dienst, nein, sie schaufelt bereits eifrig an seinem Grab!“**

## 5,7-prozentige Diätenerhöhung im Kieler Landtag

Erkennbar emotional engagiert zeigt sich **Dera**, als er die Widersprüchlichkeit der Politik brandmarkt. Vom öffentlichen Dienst werde das Zerrbild eines verknöcherten, Geld fressenden Dinosauriers ge-

zeichnet. Doch er sei sicher, dass die Bürger ein feines Gespür für die Wahrheit haben. „Jetzt, wo für den öffentlichen Dienst eine Nullrunde, eine Lohnpause gefordert wird, da genehmigen sich die Landtagsabgeordneten im Land der **Heide Simonis** zur selben Zeit eine 5,7-prozentige Diätenerhöhung. Ich halte fest: Für Kieler Landtagsabgeordnete gelten 5,7 Prozent als vernünftig. Für uns dagegen sind 3,5 Prozent völlig unakzeptabel“. **Dera** kritisiert diese Zugriffsmoralität als verfehlt, schamlos, nicht erklärbar und fährt dann fort: „Und sage mir niemand, es sei populistisch, diese Zahlen gegenüber zu stellen. **Schlimmster Populismus ist es aber, davon zu reden, wir müssten den Gürtel enger schnallen, und sich dann selbst mit 5,7 Prozent zu bedienen.** Das passt einfach nicht! Das ist eine Schweinerei!“

Nachdem der Beifall der Demonstranten verklungen ist, befasst sich der Gewerkschafter mit den Auswirkungen einer verfehlten Politik, die den



öffentlichen Dienst zum Buhmann und Sündenbock stempelt.

„Gut ausgebildete, angemessen bezahlte Mitarbeiter sind das Herzstück eines effizienten öffentlichen Dienstes. Wer hier die Axt anlegt, nimmt wesentlich in Kauf, dass öffentliche Aufgaben bald nicht mehr erfüllt werden können. Dann muss die Politik dem Bürger aber auch sagen, dass demnächst die private Brieftasche über die Qualität der medizinischen Versorgung entscheidet, dass die Kassenlage eines Bundeslandes für die Klassenstärke in den Schulen und dafür verantwortlich ist, wie sicher wir uns in unserem Land bewegen können. Aber das alles unterbleibt. Stattdessen

wird ein Opfer präsentiert. Dieses Opfer sollt Ihr sein, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir sollen die Zeche zahlen. Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass diese fatale Rechnung nicht aufgeht.

Von der heutigen Veranstaltung wird das Signal ausgehen, dass wir kampfbereit sind. Mit Eurer Rückendeckung und Entschlossenheit haben wir die Chance, der Politik erfolgreich die Stirn zu bieten.

Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat bereits verloren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kampf hat begonnen!“, rief **Dera** den Demonstranten zu und forderte sie zu solidarischem Handeln auf.

## Vier Wochen später: Der Tarifabschluss steht!

Zwischenzeitlich hatte sich auch den öffentlichen Arbeitgebern erschlossen, dass das hartnäckige Beharren auf einer Lohnpause unausweichlich zum Arbeitskampf führen würde.

Nur so ist es zu erklären, dass sie sich in letzter Minute zum Abschluss eines neuen Tarifvertrages bereit gefunden haben, bei dem auch der öffentliche Dienst nicht unbeträchtliche Zugeständnisse gemacht hat. Damit ist der Kampf aber keineswegs vorbei. Nunmehr drohen Teile der öffentlichen Arbeitgeber mit dem Austritt

aus den Arbeitgeberverbänden. Der rot-rote Berliner Senat hat bereits vollendete Tatsachen geschaffen. Auch ist absehbar, dass die verzögerungsfreie Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich nochmals Probleme aufwerfen wird. Hier wähnt sich die Politik in der stärkeren Position, weil sie am Gesetzeshebel sitzt. Doch eines ist schon jetzt klar: Die Angestellten, Arbeiter und Beamten werden sich nicht auseinander dividieren lassen. Höchste Wachsamkeit ist allerdings angebracht.



*Der Demonstrationzug hat sich in Bewegung gesetzt. Erwartungsfroh machen sich die Kolleginnen und Kollegen auf den Weg, um der Politik die Stirn zu bieten.*



*Mit von der Partei: Stv. BSBG-Bundesvorsitzender Friedhelm Sanker. „Wir fordern die Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung ebenso wie die Ost-West-Angleichung der Gehälter!“*



*Bei klirrender Kälte haben sich die Demonstranten formiert. Trotz aller äußeren Widrigkeiten sind sie von der Erkenntnis beseelt, jetzt Flagge zeigen zu müssen, um nicht vollends unter das Räderwerk der politischen Sparwut zu geraten.*



*Nur langsam kommt der Demonstrationzug voran. Trotz der hervorragenden Absperrmaßnahmen der Polizei können die Berliner Straßen die Menge der Demonstranten kaum fassen.*



Wilhelm Bokermann (li.) und Rainer Dunschen (re.), BSBD-Bezirkssprecher Hamm, mit vollem Einsatz inmitten der Demonstration: „Jeder, der später nicht als Betrogener dastehen will, ist aufgerufen, den Kampf gegen die Zumutungen der Politik aufzunehmen“.



Das Brandenburger Tor ist passiert. Die Demonstranten warten auf die Abschlusskundgebung.



Der BSBD-Ortsverband Bochum nimmt mit einer starken Delegation am Demonstrationszug und Kundgebung teil.

Tarifrunde 2003

## Akzeptables Tarifergebnis erkämpft

Verhärtete Fronten prallten bei den diesjährigen Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst aufeinander. Das Werben in den Medien um Verständnis für die eigenen Positionen hatten die Verhandlungen schwer belastet, das Klima vergiftet. Die Gewerkschaften waren so in eine Ecke gedrängt worden, dass kaum Spielraum für Kompromisse blieb, wollten sie nicht in den Augen der Mitglieder den Anspruch verlieren, auch in schwieriger Zeit eine wirksame Interessenvertretung garantieren zu können. Besonders die Kommunen drängten auf eine Nullrunde, eine Lohnpause. Das Scheitern der Tarifverhandlungen war somit keine Überraschung. Nach dem ersten völlig unzureichenden und damit unakzeptablen Verhandlungsangebot der öffentlichen Arbeitgeber erklärten die Gewerkschaften die Tarifverhandlungen für gescheitert.

In intensiven Beratungen haben die beiden Schlichter, der ehemalige Bremer Bürgermeister **Hans Koschnick** und der frühere Oberbürgermeister von Leipzig, **Hinrich Lehmann-Grube**, zusammen mit den Tarifvertragsparteien eine Einigungsempfehlung erarbeitet, die nur durch die Stimme des Schlichters **Koschnick** eine knappe Mehrheit fand. Zwar konnte die Schlichtungskommission der **DBB-Tarifunion** dieser Empfehlung zustimmen, doch wurde sie durch die Arbeitgeberseite nicht akzeptiert. Folglich waren die Tarifverhandlungen fortzuführen.

Angesichts der bevorstehenden Wahlen in Niedersachsen und Hessen hat sich dabei auf Seiten der öffentlichen Arbeitgeber sicherlich der erforderliche Einigungsdruck aufgebaut. Doch bedurfte es am 8. und 9. Januar 2003 noch eines gewaltigen Verhandlungsmarathons, um in letzter Minute doch noch zu einem befriedigenden Ergebnis zu gelangen. Eine wesentliche Ursache für die Einigung dürfte in der erkennbaren Bereitschaft der Kolleginnen und Kollegen zu sehen sein, für ein akzeptables Tarifergebnis auch das Mittel des Arbeitskampfes einzusetzen. Einen Streik aber musste die Bundesregierung scheuen, wie der Teufel das Weihwasser, wäre dieser doch für das Anspringen der Konjunktur kontraproduktiv gewesen und hätte die Regierung weiter unter Druck gesetzt.

### Das Tarifergebnis im Einzelnen:

- **Einkommensentwicklung**  
Lineare Anpassung der

Löhne und Gehälter ab dem 01. Januar 2003 um 2,4 Prozent für die Vergütungsgruppen X bis IV a, für die übrigen Vergütungsgruppen ab dem 01. April 2003 und jeweils um 1 Prozentpunkt ab dem 01. Januar und dem 01. Mai 2004.

- **Einmalzahlungen**

Im März 2003 wird eine Einmalzahlung in Höhe von 7,5 Prozent der Grundvergütung, des Ortszuschlages und der allgemeinen Zulage von Dezember 2002 ausbezahlt, höchstens jedoch 185 € West bzw. 166,50 € Ost. Im November 2004 wird eine weitere Einmalzahlung von 50 € West (46,25 € Ost) fällig.

- **Angleichung des Gehaltsniveaus Ost an West**

Die 100-prozentige Angleichung ist für die Vergütungsgruppen X – V b bis zum 31.12.2007, für die übrigen Vergütungsgruppen bis zum 31.12.2009 verbindlich vereinbart worden. Gleichzeitig wurden die ersten beiden Angleichungsschritte auf 91 Prozent ab dem 01. Januar 2003 und auf 92,5 Prozent ab dem 01. Januar 2004 vertraglich fixiert.

- **Arbeitszeit**

Die Tarifvertragsparteien haben sich, entgegen der Absicht der Arbeitgeberseite, darauf verständigt, die wöchentliche Arbeitszeit unangetastet zu lassen. Zur teilweisen Kompensation der Kosten des Tarifvertrages ist der Wegfall des arbeitsfreien Tages (AZV-Tag) vereinbart worden.

## ● **Einschränkung des Stufenaufstiegs**

Falls in der Zeit vom 01. Januar 2003 bis zum 31. Dezember 2004 ein Aufstieg in die nächste Lebensaltersstufe ansteht, wird der Unterschiedsbetrag zur nächsten Stufe für die Dauer eines Jahres nur zur Hälfte gezahlt. Nach Ablauf des vorstehenden Zeitraumes besteht Anspruch auf den vollen Unterschiedsbetrag

## ● **Auszahlung der Vergütung**

Der Termin für die Auszahlung der Bezüge kann ab Dezember 2003 jeweils im Dezember vom 15. auf den letzten Tag des Monats verschoben werden. Dies bedeutet, dass die Kolleginnen und Kollegen die Vergütung für November am 15.11., die Zuwendung am 30.11. und die Dezember-Vergütung am 31.12. erhalten.

## ● **Neugestaltung des Tarifrechts**

Die **DBB-Tarifunion** hat mit den Arbeitgebern eine Prozessvereinbarung geschlossen, die Neugestaltung des Tarifrechts bis zum 31. Januar 2005 abzuschließen.

## ● **Zuwendung (Weihnachtsgeld)**

Bis zum 31. Januar 2005 bleibt die Zuwendung auf dem Stand des Jahres 1993 eingefroren.

Der **BSBD-Landesverband** sieht in dem Tarifabschluss angesichts der anerkanntermaßen prekären Lage der öffentlichen Haushalte ein durchaus positives Ergebnis. Als besonderer Erfolg ragt die Ost-West-Angleichung der Gehälter heraus. In einem überschaubaren Zeitrahmen wird im öffentlichen Dienst wieder der Grundsatz Gültigkeit haben: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Die Durchsetzung dieser Forderung war es wert, auch einige Kröten schlucken zu müssen. Dass darüber hinaus die Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung erreicht worden ist, entspricht den berechtigten Erwartungen der Kolleginnen und Kollegen. Welche Auswirkungen die relativ lange Laufzeit des Tarifvertrages hat, wird man erst in der Rückschau definitiv beurteilen können. Äußerst bedenklich ist das Beispiel Berlins. Das Land

praktiziert mit seinem Austritt aus beiden kommunalen Arbeitgeberverbänden Tarifflicht. Dies bedeutet einen

Schlag ins Gesicht der Berliner Kolleginnen und Kollegen. Die **DBB-Tarifunion** bleibt aufrufen, den Senat notfalls mit

Arbeitskampfmaßnahmen zu zwingen, den jetzt erzielten Tarifabschluss anzuerkennen und zu akzeptieren.

## Tarifabschlüsse der letzten Jahre im öffentlichen Dienst

|      |                  |                             |   |
|------|------------------|-----------------------------|---|
| 1993 | <b>3,0 %</b>     | Januar 1993 – Dezember 1993 | Vergütungsgruppen VIII – X für das erste Kind Verbesserung um 10 DM, jedes weitere 30 DM (VIII), 40 DM (IX a) bzw. 50 DM (IX und X) |
| 1994 | <b>2,0 %</b>     | Januar 1994 – März 1995     | Vergütungsgruppen X – Vc ab Juli 1994, Vergütungsgruppen Vb – I ab September 1994   |
| 1995 | <b>3,2 %</b>     | Mai 1995 – April 1996       | Einmalzahlung von 140 DM  |
| 1996 | <b>Nullrunde</b> | Mai 1996 – Dezember 1996    | Einmalzahlung von 300 DM  |
| 1997 | <b>1,3 %</b>     | Januar 1997 – Dezember 1997 | Festschreibung der Ausbildungsvergütungen bis zum Dezember 1997 auf den Stand von 1996  |
| 1998 | <b>1,5 %</b>     | Januar 1998 – Dezember 1998 |   |
| 1999 | <b>3,1 %</b>     | Ab Januar 1999              | Einmalzahlung von 300 DM  |
| 2000 | <b>2,0 %</b>     | August 2000 – August 2001   |   |
|      | <b>2,4 %</b>     | ab September 2001           | Einmalzahlung von 400 DM  |

## Zum Vergleich: Tarifabschlüsse in ausgewählten Bereichen

|  |              |  |
|--|--------------|--|
| Chemische Industrie (West)                           | <b>3,3 %</b> | für 12 Monate, regional unterschiedlich ab April, Mai, Juni 2002 |
| Metallindustrie (Baden-Württemberg / Pilotabschluss) | <b>4,0 %</b> | ab Juni 2002 und <b>3,1 %</b> ab Juni 2003                       |
| Deutsche Post AG                                     | <b>3,5 %</b> | ab Juni 2002; <b>3,2 %</b> ab Juni 2003 bis April 2004           |
| Versicherungsgewerbe                                 | <b>3,5 %</b> | ab Juli 2002 bis September 2003                                  |
| Textile Dienste (Wäschereien, Reinigung)             | <b>3,8 %</b> | ab August 2002; <b>3,0 %</b> ab Oktober 2003 bis September 2004  |
| Deutsche Telekom AG                                  | <b>4,1 %</b> | ab Juli 2002; <b>3,2 %</b> ab Mai 2003 bis April 2004            |
| Einzelhandel (Pilotabschluss)                        | <b>3,1 %</b> | ab August 2002 bis Juli 2003                                     |
| Chemische Industrie (Ost)                            | <b>3,3 %</b> | ab Mai 2002; <b>2,8 %</b> ab Oktober 2002                        |
| Eisen- und Stahlindustrie (Ost)                      | <b>3,6 %</b> | ab Juli 2002 bis August 2003                                     |
| Druckindustrie (Brandenburg)                         | <b>3,4 %</b> | ab November 2002   |
| Groß- und Außenhandel (Sachsen)                      | <b>3,1 %</b> | ab September 2002  |

## Heute schon gelacht?

Ein Anwalt liegt im Sterben und hat seinen langjährigen Partner an seiner Seite sitzen: „Ich muss Dir etwas gestehen: Ich habe dreißig Jahre mit Deiner Frau ein Verhältnis gehabt und bin der leibliche Vater Deiner Tochter Susi. Außerdem habe ich regelmäßig Geld aus der Kanzleikasse gestohlen.“ „Niemand ist ohne Schuld. Nimm zum Beispiel mich. Wer, glaubst Du, hat Dir das Arsen in den Whisky getan?“

\*

Inschrift auf einem schottischen Friedhof: „Hier ruht ein ehrenwerter Mann und Rechtsanwalt!“ Ein Besucher

ruft erstaunt: „Das muss ein Doppelgrab sein!“

\*

Gespräch zwischen zwei Mandanten auf dem Gerichtsflur: „Ach, letzten Winter war es bitter kalt.“ – „Wie kalt war es denn?“ „Es muss sehr kalt gewesen sein, denn ich sah einen Anwalt mit der Hand in der eigenen Tasche.“

\*

Ein Rechtsanwalt wird auf einer Dienstreise von seiner Sekretärin begleitet. In einer kleinen norddeutschen Stadt ist im einzigen Hotel nur noch ein Doppelzimmer frei. Der Not gehorchend nehmen sie das Zimmer. Als beide im Bett liegen und das Licht gelöscht ist, fragt der Anwalt: „Wie hätten Sie's denn gerne, wie

Mann und Frau oder wie Rechtsanwalt und Sekretärin?“ Sie überlegt kurz: „Wie Mann und Frau!“ – „Na gut“, antwortet er, rülpst, dreht sich um und schläft ein.

\*

„Warum haben Sie denn das Auto gestohlen?“ – „Ich musste dringend zur Arbeit, Herr Richter.“ „Ja, und warum haben Sie dann nicht einfach den Bus genommen?“ – „Weil mein Führerschein für Busse nicht gilt!“

\*

„Angeklagter, Sie stehen wegen Trunkenheit im Straßenverkehr vor Gericht.“ „Ich schwöre jeden Eid, Herr Richter, ich war genauso nüchtern wie Sie jetzt.“ „Danke für das Geständnis!“

## Zum Jahreswechsel

### Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zum Jahreswechsel möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen, Sie alle herzlich zu grüßen. Diesen Gruß verbinde ich mit dem aufrichtigen Dank für Ihre Treue zu unserer Gewerkschaft und für Ihre Unterstützung. Nur wenn wir alle solidarisch zusammen stehen,



Klaus Jäkel

wird es uns in diesen schweren Zeiten gelingen, das Eintreten für unsere gemeinsamen Interessen wirksam und erfolgreich zu gestalten.

Was sich an einschneidenden Maßnahmen im öffentlichen Dienst bereits in den zurückliegenden Jahren andeutete, ist vollends eingetreten. Reduzierung des Realeinkommens, ein schleichender Personalabbau sowie das Bemühen der Politik, den Systemwechsel einzuleiten, kennzeichnen die Gesamtsituation des öffentlichen Dienstes. Der sensible Bereich des Strafvollzuges ist von diesen Entwicklungen nicht mehr ausgenommen.

Die nicht zu leugnende Einengung der finanzwirtschaftlichen Handlungsspielräume der öffentlichen Haushalte wird die Realisierung unserer gewerkschaftlichen Forderungen nachhaltig erschweren.

Mit Blick auf die Zukunft sehen wir uns gegenwärtig solch widrigen Rahmenbedingungen ausgesetzt, so dass sich die Gewerkschaftsarbeit auch auf die Bewahrung des Erreichten konzentrieren muss.

Die beängstigend hohe Arbeitslosigkeit ist nach wie vor das zentrale gesellschaftliche Problem und ihre Überwindung eine große politische Herausforderung. Jetzt, wo sich das wirtschaftliche Wachstum verflüchtigt hat und die Gefahr einer wirtschaftlichen Rezession besteht, bedarf die Binnennachfrage der Stärkung. Der gerade durch die **dbb tarifunion** ausgehandelte Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst ist da genau das richtige Signal und deshalb besonders zu begrüßen.

Angesichts der bekannt schwierigen haushaltswirtschaftlichen Lage in Bund, Ländern und Kommunen sind wir mit be-

grenzten Erwartungen in das Jahr 2002 gegangen. Etliche Befürchtungen sind eingetreten. So sind auch wir Strafvollzugsbedienstete von einer ganzen Palette von Spareinschnitten und Kostensteigerungen betroffen. Zu nennen sind die bekannten Verschlechterungen im Gesundheitswesen, die Erhöhung der Kostendämpfungspauschale bei der Beihilfe, massive Kürzungen bei der Versorgung, Erhöhung der Mineralölsteuer und die kostentreibende Währungsstellung.

### BSBD-Gewerkschaftsarbeit dennoch erfolgreich

Vor dem Hintergrund dieser negativen Rahmenbedingungen können sich die Ergebnisse der **BSBD-Gewerkschaftsarbeit** durchaus sehen lassen.

**Durchgesetzt** werden konnten u.a.

- die Schaffung von rd. 320 zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten in den Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes im Jahre 2002,
- die Schaffung von abermals rd. 320 zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten für die genannten Laufbahnen im Jahr 2003,
- die Schaffung von rd. 35 zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten im gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst im Jahr 2003,
- die Aufgabe der politischen Absicht, die besondere Altersgrenze für die Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes auf das vollendete 62. Lebensjahr anzuheben,
- die Weitergewährung des Anwärtersonderzuschlages,
- die Übernahme der Anwärterinnen und Anwärter **aller Laufbahnen** des Vollzuges nach bestandener Laufbahnprüfung.

Diese Erfolge, die die beruflichen Perspektiven der Kolleginnen und Kollegen deutlich und für alle erfahrbar verbessern, bedürfen der Fortführung. Ziel des **BSBD** bleibt es, für den **gesamten Bereich** des Strafvollzuges leistungs- und aufgabengerechte Besoldungsstrukturen durchzusetzen. Insofern haben wir mit den Erfolgen des zurückliegenden Jahres einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung getan; weitere müssen folgen.

### Funktionstüchtiger Strafvollzug im Kampf gegen Kriminalität unverzichtbar

Eine auf hohem Niveau stagnierende Kriminalität, steigende Gefangenzahlen, neue Aufgabenweisungen an den Strafvollzug stellen sowohl die Sicherheitsbehörden, nicht weniger aber auch den Vollzug vor erhöhte Anforderungen. Ob-

wohl die Politik diese grundlegenden Veränderungen im Strafvollzug erkannt hat, ist sie offenkundig nur halbherzig bereit, die sich daraus notwendigerweise ergebenden Konsequenzen zu ergreifen. Bei allen politisch Verantwortlichen sollte sich die Einsicht Raum verschaffen, dass der Kampf gegen eine hohe Kriminalität nicht nur eine effiziente Polizei, sondern ebenso dringend einen wirksamen, funktionstüchtigen Strafvollzug erfordert. **So gesehen leistet auch der Strafvollzug einen wesentlichen Beitrag zur inneren Sicherheit unserer Gesellschaft.** Der beste Schutz der Allgemeinheit ist und bleibt nun mal die gelungene Wiedereingliederung eines Rechtsbrechers. Ein funktionstüchtiger, wirksamer Strafvollzug ist allerdings nicht zum Null-Tarif zu haben.

**Der BSBD sieht für das Jahr 2003 seine vordringlichste Aufgabe darin, alle politischen Möglichkeiten zu nutzen, um die berechtigten Anliegen der Strafvollzugsbediensteten hörbar und im politischen Raum mehrheitsfähig zu machen, damit der so erfolgreich eingeschlagene Weg hin zu leistungsgerechten Besoldungsstrukturen fortgesetzt werden kann.**

Mit mehr als 7.000 Mitgliedern ist der **BSBD** die maßgebende gewerkschaftliche Kraft im Strafvollzug. Dieses Maß an Zustimmung empfinden die Mandatsträger als Herausforderung, die berechtigten Anliegen und Interessen der Kolleginnen und Kollegen auch im neuen Jahr effizient und erfolgreich zu vertreten.

Bei allen unseren Mandatsträgern, die ehrenamtlich für unsere gemeinsamen Interessen eintreten, möchte ich mich an dieser Stelle herzlich bedanken. Sie stellen mit Ihrem Engagement und Ihrem Einsatz sicher, dass der **BSBD** NRW seinen hohen Organisationsgrad weiter ausbauen kann. Damit schaffen Sie die Voraussetzung dafür, dass die Stimme der Berufsgruppenminderheit der Strafvollzugsbediensteten im Verteilungskampf der Interessen nicht überhört werden kann.

Jeder neue Zeitabschnitt stellt uns vor neue Aufgaben. Die sich weiter verschlechternden Rahmenbedingungen werden uns allen große Kraftanstrengungen abverlangen, um auch 2003 die Gewerkschaftsarbeit in der Erfolgsspur zu halten. Dabei hoffe ich auf Ihre Unterstützung. Nur wenn wir solidarisch zusammen stehen, werden wir auch in schwieriger Zeit erfolgreich sein.

Zur Erreichung der angestrebten Ziele wünsche ich uns allen Gesundheit, Kraft und Ausdauer, nicht weniger aber eine pragmatische und realistische Sicht für das Machbare.

Zum neuen Jahr bin ich mit allen guten Wünschen für Sie persönlich und Ihre Familien

Ihr

Klaus Jäkel, Landesvorsitzender

## Glosse

### Tach auch

Justus V.  
Anonymus



**J**utes Neues! Na, wie jehdet? Hasse dich einijermaßen erholt von nem Weihnachtsstress un dem Sylvesterjeknalle? Ich musste natürlich Heilisch Abend Dienst schieben. Aber watt willse machen? Et kütt, wie et kütt. Wat sachse denn vonne Tarifverhandlungen fürn öffentlichen Dienst? De Schily un seine Komparsen haben ja ganz schön mit sisch und de Jewerkschaft jerungen. Schlappe 2,4 Prozent sin für'd erste Jahr rusjekomme, und aufet Janze jerchnet sin dat auf jeden

Fall unter 3 Prozent. Dat isene Tropfen aufem heißen Stein, zisch, schon isse verdampft. Un de Azetvau-Tach is auch futsch. Na jut, de Staat is pleite, unnem nack-

Wenn der öffentliche Dienst schon der Prüjelnkabe der Nazion is, dann sin de Beamten de Prüjelnknaben vonne Prüjelnknaben. Immer druff! Wahrscheinlich müs-

sen wir Beamten dafür herhalten, datt de Otto Schily dat widder reinholen kann, watte bei de Arbeiter un Anjestellten drufflejen musste. Na denn Prost Mahlzeit!

## Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst

ten Schily kannse nich inne Tasche packen. Wat ich jut finde, is, dat de Kollegen ausse neue Bundesländer nen klitzekleinen Silberschreiben am Horizont sehen. Aber dat is ja jetz ers mal für die Arbeiter un Anjestellten. Wat wird dann wohl für uns Beamte dabei erus komme?

*Einem nackten Mann fasst man nicht in die Tasche!*



## Wolfgang Gerhards neuer Justizminister

*Nachdem Wolfgang Clement als neuer „Superminister“ nach Berlin gegangen ist, ging sein Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten, der bisherige Finanzminister Peer Steinbrück, ganz auf Nummer sicher. Befriedung der SPD-Landtagsfraktion und der Verzicht auf riskante personelle Experimente sind kennzeichnend für sein Kabinettsrevirement. Für den in das Finanzressort wechselnden bisherigen Justizminister Jochen Dieckmann berief Steinbrück Wolfgang Gerhards zum neuen Justizminister. Mit Gerhards rückt ein Vollblutpolitiker an die Spitze des Justizressorts, der gewohnt ist, die durch ihn entwickelten Konzepte und Gestaltungsvorstellungen mehrheitsfähig zu machen und durchzusetzen. Bis zum Regierungswechsel war Gerhards Minister der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt. Aus dieser Zeit ist ihm der Umgang mit prekären Haushaltssituationen vertraut. In diesem Amt hat er die Fähigkeit zu unkonventionellem Denken und pragmatischen Lösungsansätzen entwickelt, die ihm auch in seinem neuen Amt hilfreich sein wird.*



Justizminister Wolfgang Gerhards

Foto: Mitteldeutsche Zeitung

**Wolfgang Gerhards** ist verheiratet und Vater von drei Kindern. Nach Abitur und Dienst im Bundesgrenzschutz studierte er Rechtswissenschaften an den Universitäten Bochum, Gießen und Bonn. 1975 legte er das 1. Staatsexamen ab. Die Referendarzeit absolvierte im Bezirk des Oberlandesgerichts Köln und war gleichzeitig als wissenschaftliche Hilfskraft an der Universität Bonn tätig. Nach dem 2. Staatsexamen trat **Gerhards** als Verwaltungsrichter am Verwaltungsgericht Köln in den Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen und wechselte später an das Oberverwal-

tungsgericht Münster. 1988 folgte er einem Ruf der SPD-Bundestagsfraktion, der er bis 1991 als Referent für öffentliches Recht diente. Als ständiger Vertreter des Ministers für Bundesangelegenheiten und Europa und Vertreters des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund hatte **Gerhards** von 1991 bis 1994 Gelegenheit, nachhaltig Einfluss auf die Bundesgesetzgebung zu nehmen. Von 1994 bis 1995 übernahm **Gerhards** als Chef der Staatskanzlei die Koordination des Regierungshandelns in Sachsen-Anhalt, ehe er als stellvertretender Bundesgeschäfts-

führer für die Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Verantwortung übernahm. 1998 trat er in das Kabinett von Ministerpräsident Rein-

hard Höppner ein und war dort bis zum Mai 2002 für die Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt zuständig. Seit dem 12. November 2002

ist **Wolfgang Gerhards** neuer Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen und damit zuständig für die Dienstaufsicht über die Organe der Rechtspflege sowie für die ordnungsgemäße Durchführung des Strafvollzuges. Der **BSBD** hat sich bereits erfolgreich um einen ersten Gesprächskontakt mit dem neuen Minister bemüht. Ein Vier-Augen-Gespräch zwischen dem Minister und dem **BSBD**-Landesvorsitzenden **Klaus Jäkel** hat zwischenzeitlich stattgefunden. Erörtert wurden die Fortentwicklung und künftige Gestaltung des Strafvollzuges in Nordrhein-Westfalen ebenso wie die Möglichkeiten zur

Beseitigung der zwischenzeitlich enorm angestiegenen Arbeitsverdichtung.

**Jäkel** wies darauf hin, dass der **BSBD** zum mittelfristigen Abbau des Personalfehlbestandes von 900 Stellen allein in der Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes Initiativen des Justizministeriums erwarte. Der Minister bat um Verständnis, dass er insoweit noch keine konkreten Festlegungen treffen könne, obwohl eines bereits feststehe: Der Spielraum für die Einstellung zusätzlichen Personals tendiere gegen null. Als herausragendes Ergebnis wertete er es jedoch, dass es gelungen sei, mit dem Sparhaushalt 2003

strukturelle Verbesserungen für die Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes, des Werkdienstes und des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes durchzusetzen. Angesichts der angespannten Haushaltslage könne dieser Erfolg gar nicht hoch genug bewertet werden. Mit den rd. 320 Beförderungsmöglichkeiten im mittleren und den rd. 35 Beförderungsmöglichkeiten im gehobenen Dienst werden nach Ansicht des Ministers Motivationshemmnisse beseitigt und die Fundamente für die weitere Steigerung von Effektivität und Effizienz im nordrhein-westfälischen Strafvollzuge gelegt. Eine er-

freulich deutliche Absage erteilte **Gerhards** allen Vorstellungen, die personellen Engpässe im Bereich des Strafvollzuges durch den Einsatz von privaten Sicherheitsunternehmen beheben zu können. Hier gebe es gravierende verfassungsrechtliche Bedenken, die er teile. Dem neuen Justizminister des Landes bietet der **BSBD** Unterstützung und Zusammenarbeit an, damit der Strafvollzug im Interesse des gesellschaftlichen Zusammenlebens auch künftig sowohl die wirksame Reintegration von Delinquenten als auch die Sicherheit der Allgemeinheit sicherzustellen vermag.

## Kleine Weisheiten

*Zukunft ist etwas, was die Menschen erst lieben, wenn es Vergangenheit geworden ist.*

William Somerset Maugham, engl. Schriftsteller (1874 - 1965)

\*

*Solange unsere Sicherheit kein Kind der Vernunft sein kann, muss sie eine Tochter des Schreckens sein.*

Winston Churchill, brit. Staatsmann, 1874 - 1965

\*

*Zivilisation ist die erzwungene Tierzähmung des Menschen.*

Friedrich Nietzsche, dt. Philosoph (1844 - 1900)

\*

*Wir würden uns oft unserer schönsten Taten schämen, wenn die Welt alle Beweggründe sähe, aus denen sie hervorgehen.*

Francois Duc de La Rochefoucauld, fr. Schriftsteller (1613 - 1680)

\*

*Die Menschheit muss dem Krieg ein Ende setzen, oder der Krieg setzt der Menschheit ein Ende.*

John F. Kennedy, 35. Präsident der USA (1917 - 1963)

## Wolfgang Römer zum stv. Vorsitzenden des DBB NRW gewählt

Am 25. November 2002 wählte der Hauptvorstand des DBB NRW den stellvertretenden **BSBD**-Landesvorsitzenden **Wolfgang Römer** zum stv. Vorsitzenden des DBB NRW. Die Nachwahl war wegen einer eingetretenen Vakanz erforderlich geworden. **Römer** gehörte dem **DBB**-Landesvorstand bisher als Beisitzer an. Mit dieser Wahlentscheidung ist der **BSBD** nunmehr an exponierter Stelle mit dem **DBB** NRW verbunden. Als Nachrücker für **Wolfgang Römer** berief der Hauptvorstand **Rüdiger Emler** (VdLA) neu in den **DBB**-Vorstand.



**DBB**-Chef **Ralf Eisenhöfer** (li.) gratuliert seinem neuen Stellvertreter **Wolfgang Römer** (re.) und dem neuen Beisitzer **Rüdiger Emler** (li.). **Wolfgang Römer** zu seiner Wahl: „Für mich bedeutet es eine besonders Herausforderung und Verpflichtung, den mir durch den Hauptvorstand gewährten Vertrauensvorschuss zu rechtfertigen.“

**M**it **Wolfgang Römer** übernimmt ein kompetenter Fachmann Verantwortung für die Interessen und beruflichen Anliegen der rd. 190.000 Kolleginnen und Kollegen, die sich im **DBB** NRW zusammengeschlossen haben. Auch für den Bereich des Strafvollzuges ist diese Wahlentscheidung von signifikanter Bedeutung, wird doch die bislang harmonische Zu-

sammenarbeit nun auch personell gestärkt.

Sein Rüstzeug für die jetzt übernommene Führungsrolle im **DBB** hat sich **Römer** im **BSBD** erworben und erarbeitet. Der Delegiertentag 1985 übertrug ihm zunächst das Mandat als Schriftführer des Landesverbandes. In dieser Funktion wurde er zweimal bestätigt, bis ihn der Hauptvorstand des **BSBD** am 5. Mai

1995 zum stv. Landesvorsitzenden wählte.

Seit April 1994 bekleidete er das Amt des stv. Vorsitzenden des Sozialwerkes des Landesverbandes. Einen Monat später wurde ihm der Vorsitz der „Arbeitsgemeinschaft Justiz“ angetragen. Mit seinem ausgeprägten Pflichtbewusstsein hat **Römer** dieses Ehrenamt übernommen und mit gewerkchaftlichem Leben erfüllt.

## Berufsbeamtentum auf dem Prüfstand

Einen weiteren Amoklauf gegen den öffentlichen Dienst sieht der nordrheinwestfälische DBB-Chef Ralf Eisenhöfer in ersten Veröffentlichungen (Focus 45/2002 vom 04.11.2002) über die Arbeit der in Nordrhein-Westfalen eingesetzten Regierungskommission, die noch in diesem Monat ihren Abschlussbericht vorlegen will. Nach Ansicht des Gewerkschafters wird dieser neuerliche Frontalangriff auf die 305.000 Beamten im Landes- und Kommunaldienst nicht gelingen.

Zwischenzeitlich organisiert die Arbeitsgemeinschaft rd. 15.000 Justizbedienstete und hat sich zu einem ernstzunehmenden Machtfaktor innerhalb des **DBB**-Landesbundes entwickelt.

Im Oktober 1993 wurde **Römer** in das Amt des Hauptvertrauensmannes der Schwerbehinderten gewählt, das er bis auf den heutigen Tag ausübt. Speziell diesem Bereich gilt seine heimliche Leidenschaft. Mit Hingabe und Eifer widmet er sich dem Ziel, einen fairen Ausgleich zwischen unvermeidlichen Interessensengensätzen herbeizuführen.

In seiner nunmehr 23-jährigen Arbeit für den **BSBD** hat **Römer** sich außergewöhnliche Verdienste um die gewerkschaftliche Vertretung der Interessen der Strafvollzugsbediensteten erworben. In einer Vielzahl von Einzelfällen, hinter denen jeweils Ängste und Nöte von Beschäftigten standen, aber auch berechnete individuelle Interessen von Kolleginnen und Kollegen, hat **Wolfgang Römer** in äußerst arbeitsintensiven und Freizeit beanspruchendem Einsatz dafür gesorgt, die **BSBD**-Mitglieder rechtlich abzusichern. Er hat damit großen Anteil daran, dass gerade das Eintreten der gewerkschaftlichen Gemeinschaft für den Einzelnen einen immer größeren Stellenwert einnimmt. Dabei hat es **Römer** verstanden, die Solidargemeinschaft aller Organisationen des **Deutschen Beamtenbundes** für die besondere Lage und den schwierigen Dienst der Beschäftigten im Strafvollzug aufzuschließen und sie für eine nachhaltige Unterstützung der Interessenslage der Strafvollzugsbediensteten zu gewinnen. Insbesondere für die behinderten Kolleginnen und Kollegen wird man ohne Übertreibung feststellen können, dass der Name **Wolfgang Römer** für sie zum Synonym für gewerkschaftlichen Schutz und solidarische Hilfe geworden ist. Wir wünschen **Wolfgang Römer** Kraft und Ausdauer für die übernommene Verantwortung und hoffen, dass er dem **BSBD** noch lange für die konkrete Gestaltung der Gewerkschaftsarbeit zur Verfügung stehen wird. Der neuen Herausforderung, dessen kann man sicher sein, wird der Konflikt erprobte Gewerkschafter mehr als nur gerecht werden.



„Pilotprojekt Streik“? Die Geduld der Strafvollzugsbediensteten ist erschöpft!

Die Indiskretionen von Mitgliedern der Regierungskommission haben jedoch bewirkt, dass sie die Schlagzeilen beherrschen.

Der **DBB** werde diese Bestrebungen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen und weiß dabei das Bundesverfassungsgericht an seiner Seite, geht **Eisenhöfer** auf Konfrontationskurs.

Alle politischen Versuche, das bewährte System von Beamten und Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst durch Änderung des Grundgesetzes zu zerlegen, sind nach Einschät-

zung des **DBB**-Chefs zum Scheitern verurteilt.

„Aber vielleicht sollte man in Form eines Pilotprojekts auch Beamte z.B. bei Polizei, Strafvollzug, Bundeswehr, Justiz, Steuer- und Sozialverwaltungen und im Bildungsbereich einmal streiken lassen. Womöglich finden das betroffene Wirtschaftskreise und die Bürgerinnen und Bürger ganz toll“, macht **Eisenhöfer** seiner Verärgerung mit einer gehörigen Portion Sarkasmus Luft.

„Wer die Staatsfinanzen auf allen Ebenen in den Keller gefahren hat, wie die Bundesrepublik, der flippt schon mal aus.

Wer Verantwortung für Staats- und Gesellschaftspolitik an der Garderobe abgibt, mag sich spontanen populistischen Applaus sicher sein. Aber spätestens wenn der Vorhang aufgeht und klar wird, dass der viel gepriesene 'Arbeitnehmerstatus' nicht etwa kostengünstiger, sondern teurer, nicht etwa flexibler, sondern inflexibler ist und das Leistungsniveau nicht Gott gegeben steigt, dann geht das Licht im Saal schnell wieder aus“, kritisiert **Eisenhöfer** die immer wieder in periodischen Abständen aufflammende Systemdiskussion.

„Gemeinsam sollten wir das Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrecht der Beamten endlich auf eine moderne, zukunftsorientierte Basis stellen, bietet der **DBB**-Chef die Mitarbeit der Gewerkschaften an, um allerdings sofort hinzuzufügen, dass eine solche Reform natürlich nicht zum Nulltarif zu haben sei. „Solange sich dieser Staat ungebremst immer neue Aufgaben für den öffentlichen Dienst einfallen lässt, sind die Beschäftigten nicht bereit, die Zeche dafür zu zahlen.“

### Aktuelle Informationen

über die **BSBD**-Gewerkschaftsarbeit finden Sie im Internet!  
Schauen Sie nach unter



[www.bsbd-nrw.de](http://www.bsbd-nrw.de)

### Sparhaushalt mit Lichtblicken

Am 18. Dezember 2002 hat der Landtag von Nordrhein-Westfalen den Haushalt 2003 in dritter Lesung verabschiedet. Angesichts der prekären Lage der Landesfinanzen musste Finanzminister Jochen Dieckmann gleich mit dem ersten Haushalt, den er zu verantworten hat, harte Einschnitte bei den konsumtiven Ausgaben vollziehen, um überhaupt einen verfassungskonformen Haushalt vorlegen zu können. Die Einnahmen der Länder und Kommunen weisen eine derart rückläufige Tendenz auf, dass dringender Handlungsbedarf besteht, deren Finanzen wieder auf eine solide, kalkulierbare Grundlage zu stellen. Wegen der offenkundigen Schiefelage der Einnahmenseite war ein rigider Sparkurs der Landesregierung unausweichlich. Besonders im Personalbereich sind empfindliche Auswirkungen des durch Dieckmann von seinem Vorgänger übernommenen Konsolidierungskurses zu spüren.

Für den Bereich des Strafvollzuges hat sich der **BSBD** mit seiner Forderung nach Schaffung der erforderlichen Personalstellen für die seit 01. Januar 2003 obligatorische Behandlung von Sexualstraftätern in **sozialtherapeutischen Einrichtungen** nicht durchsetzen können. Zwar sind die **BSBD**-Vertreter bei allen politischen Parteien auf Verständnis für diese Forderung gestoßen, doch haben die Parlamentarier der rotgrünen Regierungskoalition darauf hingewiesen, dass in fast allen anderen Bereichen der Landesverwaltung der Personalabbau weiter forciert werde. Deshalb müsse der Strafvollzug sich damit begnügen, von diesen Personaleinsparungen weitestgehend ausgenommen zu sein.

#### Arbeitsverdichtungen als Folge unausgewogener Personalpolitik

Ein solcher Hinweis, so berechtigt er aus Sicht der Haushaltspolitiker sein mag, lässt allerdings die konkreten Auswirkungen eines solch politischen Handelns völlig außer Betracht. Die Schaffung zusätzlicher Haftplatzkapazitäten in den nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen hat zu einer beträchtlichen Arbeitsverdichtung geführt, die auf Dauer nicht akzeptabel ist. Die Einrichtung von zwingend notwendigen Therapieplätzen für die Behandlung von Sexualstraftätern wird erfolgen, ohne dass die erforderlichen personellen Voraussetzungen erfüllt sind. Damit nimmt der Trend zu, durch die Kolleginnen und Kollegen des allgemeinen Vollzugsdienstes vorrangig kustodiale Aufgaben erledigt

zu lassen. Für einen ausbildungskonformen Einsatz wird auf mittelfristige Sicht das benötigte Personal fehlen. Eine solche Entwicklung kann nicht auf unabsehbare Zeit hingenommen werden, weil sie die Effizienz und Effektivität des Vollzuges zunehmend schwächt. Insoweit erwartet der **BSBD**, dass sich das Land auf seine Pflichtaufgaben – und Strafvollzug ist eine solche – konzentriert. Insoweit muss sich die Politik über kurz oder lang die Frage beantworten, welche Aufgaben künftig entfallen können. Ein solcher Bürokratieabbau läge auch im Interesse der Wirtschaft, die seit Jahren über die Hemmnisse klagt, die das ökonomische Handeln und die Investitionstätigkeit so nachhaltig behindern. Für den Bereich des Strafvollzuges fordert der **BSBD** ein schlüssiges Konzept, dass die Behebung der bestehenden Personalprobleme zum mittelfristigen Ziel erhebt.

Ein ernstes Ärgernis ist es, dass der eingeschlagene Weg unverdrossen fortgesetzt wird, **Personal abzubauen, bevor der durch die Einführung von IT-Verfahren zu erwartende Rationalisierungsgewinn überhaupt eingetreten ist**. Auch dieses Sparmodell wird auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen nach dem Motto „Vogel friss oder

### Das Mitarbeitergespräch:



**„Wir treffen also folgende Zielvereinbarung:**  
Erstens: 20 % weniger Krankentage, zweitens: 30 % mehr Nacht- und Wochenenddienst, drittens: 20 % weniger Beschwerden von Gefangenen, viertens: 10 %

weniger Hofverschmutzung durch Gefangene, fünftens ...“.  
Aber allein mit den Mitteln der Neuen Steuermodelle werden sich die drängenden Personalprobleme auch nicht lösen lassen.

stirb“ ausgetragen. Hier ist ein Umdenkungsprozess dringend angebracht.

#### Ausweitung der Beförderungssperre ist leistungsfreudlich

Die Landesverwaltung wird nun schon seit Jahren mit einem permanenten Modernisierungsprozess überzogen, der u.a. zum Ziel hat, Ressourcen zu erschließen und leistungsfähiger zu werden.

Bei diesen Intentionen muss es sich geradezu verheerend auswirken, wenn Leistung gerade dort nicht honoriert wird, wo dies angebracht ist, nämlich beim Personal. Die leistungsabhängigen Bezahlungselemente, die durch Einkommensverzicht durch die Beamten bereits vorfinanziert sind, werden 2003 suspendiert bleiben. Damit aber nicht

genug, auch die Beförderungssperre erfährt eine sechsmo-natige Verlängerung von 12 auf 18 Monate. Die weitere Beeinträchtigung der beruflichen Perspektiven der Kolleginnen und Kollegen ist die zwangsläufige Folge. Da muss es nicht verwundern, wenn Motivation und Engagement der Beschäftigten zunehmend einer „versiegenden Quelle“ gleichen.

#### Erhöhung der Kostendämpfungspauschale um 50 Prozent

Mit dem Haushaltsgesetz 2003 ist die Kostendämpfungspauschale, die zur Zeit durch das Verfassungsgericht auf Verfassungskonformität überprüft wird, um 50 Prozent angehoben worden.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2003 an gelten folgende Sätze:

|         |  |          |
|---------|--|----------|
| Stufe 1 | Besoldungsgruppe A 7 – A 11                              | 150,00 € |
| Stufe 2 | Besoldungsgruppe A 12 – A 15, B 1, C 1, H 1 -H 3, R 1    | 300,00 € |
| Stufe 3 | Besoldungsgruppe A 16, B 2, B 3, C 3, H 4, H 5, R 2, R 3 | 450,00 € |
| Stufe 4 | Besoldungsgruppe B 4 – B 7, C 4, R 4 – R 7               | 600,00 € |
| Stufe 5 | Höhere Besoldungsgruppen                                 | 750,00 € |

Gleichzeitig wird das Jährlichkeitsprinzip eingeführt. Danach werden Aufwendungen dem Kalenderjahr zugeordnet, in dem sie entstanden sind. Die bisherige Möglichkeit der Übertragbarkeit entfällt erstmals für Aufwendungen, die nach dem 31. Dezember 2002 entstanden sind. Kosten aus 2002 können also letztmalig auf das nachfolgende Jahr 2003 übertragen werden. Diese weitere Belastung der

Beamten des Landes ist auch im Landtag kontrovers diskutiert worden. Letztlich haben sich allerdings die Mehrheitsfraktionen durchgesetzt. Aus Anlass der erstmaligen Einführung der Kostendämpfungspauschale sind durch den **DBB NRW** Musterprozesse initiiert worden. Ob aus Anlass der jetzigen Erhöhung weitere Musterprozesse angestrengt werden sollen, wird derzeit noch geprüft.

Mit dem Gesetz zur Überleitung von Beamtinnen und Beamten des gehobenen in den höheren Vollzugs- und Verwaltungsdienst im Justizvollzug sind im abgelaufenen Jahr insgesamt elf Verwaltungsleiter in den höheren Dienst übergeführt worden. Die hiermit angestrebte positive Wirkung für die Nachwuchskräfte der **Laufbahn** des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes ist jedoch zunächst ausgeblieben, weil eine automatische Nachschlüsselung unter Beachtung der geltenden Obergrenzen des § 26 Abs. 1 BBesG (BesGr. A 11 = 30 Prozent, BesGr. A 12 = 16 Prozent, BesGr. A 13 = 6 Prozent) nicht vorgenommen worden ist. Dieser Mangel wird mit dem Haushaltsgesetz 2003 geheilt, so dass in der Laufbahn **in diesem Jahr rd. 30 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten**

**zur Verfügung stehen.** Mit diesen positiven Aspekten des Haushalts sieht der **BSBD** seine jahrelangen Bemühungen für die Verbesserung der beruflichen Perspektiven des gehobenen Dienstes einer Teillösung zugeführt. Ziel bleibt es, mittelfristig aufgaben- und leistungsangemessene Aufstiegsmöglichkeiten für alle Laufbahnebenen des Strafvollzuges durchzusetzen. Die jetzt realisierten strukturellen Verbesserungen dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die durch Arbeitsverdichtung und Aufgabenzuwachs deutlich angestiegene Arbeitsbelastung der Strafvollzugsbediensteten wieder zurückgeführt werden muss, damit die Kolleginnen und Kollegen nicht dauerhaft bis über die Belastbarkeitsgrenze hinaus beansprucht werden.

## Strukturverbesserungen für Strafvollzugsbedienstete

Mit dem Haushaltsgesetz 2003, und das sind echte Lichtblicke, wird die in fünf Teilschritten vorgesehene **Ausschöpfung der verbesserten Obergrenzen für die Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes und des**

**Werkdienstes fortgeführt.** Mit dem Haushalt 2003 wird der 4. Teilschritt haushaltsmäßig umgesetzt, was in den beiden genannten Laufbahnen zu **rd. 320 zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten** führt.

## Vier Gefangene aus der JVA Heinsberg entweichen

*Seit einem Jahr ist es keinem Gefangenen mehr gelungen, aus dem umwehrten Bereich einer nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtung zu entkommen. Ein deutlicher Beleg dafür, dass der Vollzug seinen gesetzlichen Auftrag, die Gesellschaft vor weiteren Straftaten zu schützen, nicht nur ernst nimmt, sondern auch erfüllt. Von dieser erfreulichen Entwicklung redet seit dem 7. Januar 2003 aber niemand mehr, da zwei Türken und zwei Marokkanern im Alter von 22 bis 27 Jahren die Flucht aus der Jugendstrafanstalt in Heinsberg gelungen ist.*

In den frühen Morgenstunden nutzten die Gefangenen eine günstige Gelegenheit während des Arbeitseinsatzes, um in Windeseile eine Übersteighilfe aus Abfallmaterialien zusammenzunageln. In einem unbeobachteten Moment schlepten sie die Leiter zur 5,50 m hohen Umwehrungsmauer, überkletterten diese und sprangen in die Freiheit. So weit, so schlecht. Dabei hatte sich das wegen

Totschlags, Körperverletzung und Drogendelikten einsitzende Quartett zuvor völlig angepasst und unauffällig verhalten. Die Gefangenen waren zuverlässig und engagiert ihrer Ausbildung zum Hochbauarbeiter nachgegangen. Nicht zuletzt wegen der großen Aufmerksamkeit, mit der auch überregionale Medien das Vorkommnis begleiten, hat sich die Politik des Themas bemächtigt. Im Rechtsausschuss sollen die Ursachen der Flucht offen gelegt und notwendige Konsequenzen diskutiert werden.

MdL **Dr. Robert Orth**, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, erwartet von der Landesregierung detaillierte Aufklärung. In einer Presseerklärung vermutet **Orth**: „Es ist sicher kein Zufall, dass sich solche Vorkommnisse häufen, wenn im Justizbereich an Personal- und Sachmitteln massiv gespart wird.“ Sollte der Justizminister zusätzliche Mittel für den Strafvollzug brauchen, möge er auf



Am Morgen des 7. Januar 2003 gelang es vier jungen Gefangenen, aus dem umwehrten Anstaltsbereich zu entweichen.

die Opposition zugehen, bietet der Parlamentarier dem Justizminister die Unterstützung seiner Fraktion an. Und noch

eines macht er unmissverständlich klar: „Wir Liberalen werden uns weiterhin für einen sicheren Strafvollzug für



Die martialisch wirkende Mauerkronensicherung muss es nicht immer sein, auch dieser transparente und mit einer Sensorik versehene Übersteigenschutz auf Vorfeldzäunen oder Umwehrungsmauern schafft Sicherheit.



Dr. Robert Orth, stv. FDP-Fraktionsvorsitzender



**Peter Biesenbach, rechtspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion**

die Bevölkerung und die Strafgefangenen einsetzen.“

MdL **Peter Biesenbach**, rechtspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen, beleuchtet einen anderen Aspekt der Sicherheitsstörung. Für ihn stellt sich die Frage, „was die 22- bis 27-jährigen Straftäter, bei denen es sich zum Teil um Gewaltverbrecher gehandelt hat, in einer Jugendstrafanstalt zu suchen haben“. Es sei nicht länger vermittelbar, dass junge Erwachsene mit 18 Jahren zwar voll geschäftsfähig seien, aber überwiegend nach dem Jugendstrafrecht belangt und in eine Jugendstrafanstalt eingewiesen würden. Erwachsene gehörten nicht in eine schwach bewachte Einrichtung des Jugendvollzuges.

**Biesenbach** hat Justizminister **Gerhards** inzwischen aufgefordert, diese Praxis kritisch zu prüfen, da die Sicherheitsstandards in einer Jugendstrafanstalt wesentlich geringer seien als im Erwachsenenvollzug. Im Rechtsausschuss soll die Heinsberger Sicherheitsstörung nochmals aufgerollt werden. Der Parlamentarier erwartet eine rückhaltlose Aufklärung durch das Justizministerium und eine Erklärung dafür, weshalb die durch den Sonderbeauftragten für Sicherheitsfragen im Justizvollzug bereits im Jahr 2000 geforderte Installation einer detektierten Videoüberwachung der Umwehrungsmauer der JVA Heinsberg immer noch nicht erfolgt sei.

In einer ersten Stellungnahme gegenüber der „Süddeutsche Zeitung“ und in einem Interview mit dem WDR-Fernseh-

magazin „Westpol“ hat **BSBD-Landesvorsitzender Klaus Jäkel** die personellen Engpässe dafür ins Feld geführt, dass man sich künftig auf außerordentliche Sicherheitsstörungen wie in Heinsberg einstellen müsse. In den zurückliegenden Jahren seien im Strafvollzug zusätzliche Haftplatzkapazitäten geschaffen worden, ohne dass die hierfür an sich notwendigen zusätzlichen Personalstellen eingerichtet worden seien. „Eine erhebliche Arbeitsverdichtung war die unausweichliche Folge.“ Zusätzliche Aufgaben, zu erinnern sei vorrangig an die Einrichtung von Plätzen für die Sozialtherapie, hätten diesen Prozess noch verstärkt. Da dürfe es nicht verwundern, wenn das Maß an sozialer Kontrolle in den Anstalten abnehme.

**Jäkel** warb gleichzeitig um Verständnis für die Kolleginnen und Kollegen, die ihren schweren Dienst unter diesen schwieriger gewordenen Rahmenbedingungen zu leisten haben. Zwar müssten die Ursachen des Heinsberger Vorkommnisses lückenlos aufgeklärt werden, um Wiederho-

lungsfälle in der Zukunft zu vermeiden. Gleichzeitig warnte er jedoch davor, auf Sofortentscheidungen beruhendes, situationsgebundenes Verhalten anhand perfektionistischer Vorschriften vom grünen Tisch aus zu überprüfen, nur um einen Schuldigen vorweisen zu können. Dies, so **Jäkel**, würde die Kolleginnen und Kollegen in den Vollzugseinrichtungen des Landes eher demotivieren, weil sich ihnen der Verdacht aufdrängen



**Klaus Jäkel, BSBD-Landesvorsitzender**

müsste, ohne die erforderliche Rückendeckung des Dienstherrn zu sein und die dem Vollzug immanenten Risiken allein tragen zu müssen.

## **Jäkel fordert verbesserte Sicherheitseinrichtungen**

Als Schlussfolgerung aus dem Heinsberger Ereignis forderte **Jäkel** vielmehr dazu auf, die Sicherheitseinrichtungen der nordrhein-westfälischen Vollzugsanstalten sukzessive zu verbessern und dann permanent auf einem aktuellen Stand zu halten. Dabei müssten alle Verfahren genutzt werden, von denen eine Entlastung des Personals erwartet werden könne. Zu denken sei dabei an Personenschutzsysteme, Videoüberwachung, moderne Kommunikationsanlagen und an Zutrittskontrollen unter Einsatz biometrischer Verfahren, aber auch an Übersteigsicherungen auf Vorfeldzäunen oder der Umwehrungsmauer. Hier ließen sich nach Ansicht des **BSBD-Landesvorsitzenden** noch Ressourcen erschließen, mit denen die dringendsten Nöte gelindert werden könnten.

## **OV Dinslaken**



Im Spätherbst veranstaltete der Ortsverband seinen schon traditionellen Vergleichswettkampf im Kegeln. Die Hobby-Kegler konnten mit beachtlichen technischen Fertigkeiten aufwarten. Besondere Formstärke bewies – nomen est omen – **Theo Pumpe**. Mit gekonnten Würfeln sammelte er Punkt um Punkt und errang verdient den Wanderpokal der

**BSBD-Untergliederung**. Knapp vor dem drittplatzierten Altmeister **Willi Wessels**, kam **Andreas Messer** auf dem zweiten Platz ein. Nachdem die Siegtrophäen vergeben waren, ließen die Kegler den Abend in geselliger Runde ausklingen, nicht ohne die entscheidenden Wettkampfsituationen eingehend Revue passieren zu lassen.

## **Heute schon gelacht?**

„Evi, warum bist Du plötzlich so felsenfest davon überzeugt, dass Du den Erbschaftsprozess gewinnen wirst?“

„Weil mein Anwalt mir gestern einen Heiratsantrag gemacht hat!“

## **Aktuelle Informationen**

über die **BSBD-Gewerkschaftsarbeit** finden Sie im Internet!

Schauen Sie nach



**www.bsbd-nrw.de**

## Heute schon gelacht?

Kommt ein Kunde in eine Tierhandlung und möchte einen Papagei erwerben. Der Tierhändler hat drei Vögel vorrätig.

Der Kunde fragt, was der linke Vogel kosten soll. Der Verkäufer erwidert: „Das ist ein besonderes Tier, das kostet 500 Euro, es kann das gesamte Bürgerliche Gesetzbuch auswendig.“

Daraufhin fragt der Kunde, was der rechte Papagei kosten soll. Hierauf entgegnet der Händler: „1.000 Euro, denn dieser kann sogar den

ganzen Kommentar von Palandt auswendig.“

Dem Kunden ist dies zu teuer und er erkundigt sich nach dem Preis des mittleren Vogels, der recht unansehnlich mit gerupftem Federkleid auf seiner Stange sitzt.

Der Tierhändler antwortet: „Oh, das ist der teuerste von allen, der kostet 2.000 Euro.“ Der Kunde ist beeindruckt und erkundigt sich voller Erwartung nach den Fähigkeiten des Tieres.

Der Verkäufer sagt hierzu lediglich: „Dieser Vogel kann und sagt nichts. Doch die beiden anderen Papageien reden ihn mit „Herr Vorsitzender“ an!“

## OV Hövelhof

### Walter Kramp seit 50 Jahren BSBD-Mitglied



Im Rahmen einer kleinen Feierstunde würdigte OV-Vorsitzender **André Nienaber** die besonderen Verdienste, die sich der Jubilar, der am 25. September 2002 seinen 90. Geburtstag feiern konnte, um den Strafvollzug und die Gewerkschaftsarbeit erworben hat. „Sie waren buchstäblich ein Mann der ersten Stunde einer neuen Zeit, die Sie wesentlich mitgeprägt haben. Das Kriegsende erlebten Sie als Verwaltungsleiter in der Jugendstrafanstalt Herford. Hier waren Sie am Aufbau einer funktionierenden Vollzugseinrichtung maßgeblich beteiligt. Zu Beginn der 60er Jahre er-

reichten Sie dank Ihrer Fachkompetenz den Aufstieg in den höheren Vollzugs- und Verwaltungsdienst und wechselten an die Justizvollzugsanstalt Münster. Dort erlebten und begleiteten Sie Reform und Liberalisierung des Strafvollzuges, ehe Sie an die JVA Werl wechselten, wo Sie bis zu Ihrer Pensionierung zum Vertreter des Behördenleiters bestellt waren“, ließ **Nienaber** die Stationen eines Berufslebens Revue passieren. Für die Zukunft wünschte der **BSBD**-Vormann **Walter Kramp** eine stabile Gesundheit und noch viele glückliche Jahre im Kreise der Familie.

## OV Hövelhof

### Speed-Skater erfolgreich



Rüdiger Bee und Andreas Turrek

**Andreas Turrek und Rüdiger Bee haben sich seit dem Aufkommen der Skating-Euphorie dieser neuen Sportart verschrieben und bereits zahlreiche Erfolge erzielen können. Anfangs war es die reine Freude, mit den Skates über den Asphalt zu gleiten.**

Mit zunehmendem Können und wachsender Sicherheit wurden die Ansprüche allerdings größer. Die Vollzugsbeamten schlossen sich Skating-Teams an, was zu einem noch einmaligen Leistungssprung beitrug. Kontinuierliches Training und das Kräfternennen im Wettkampf taten ein Übriges, um weitere Leistungssteigerungen zu bewirken.

Der 36-jährige **Rüdiger Bee** hat seine Bestzeit über die Marathonstrecke von 42,195 km auf 1 h 15 Min. steigern können, was einer Durchschnittsgeschwindigkeit von rd. 34 km/h entspricht. Der 30-jährige **Andreas Turrek** hat sich dem Skating seit zwei Jahren verschrieben und erstaunlich schnell den Anschluss an die deutsche Spitzenklasse vollzogen. Im vergangenen Jahr hat er an nicht weniger als neun Marathonrennen teilgenommen und seine Bestzeit auf 1 h 12 Min. steigern können. Die Durchschnittsgeschwindigkeit

von über 35 km/h markiert gegenwärtig das Maximum dessen, was zurzeit möglich erscheint.

Bei ihren Rennen erzielen die Speed-Skater Spitzengeschwindigkeiten von 60 km/h, was hohe Anforderungen an den Gleichgewichtssinn stellt und außerdem Kraft, Ausdauer und Geschicklichkeit verlangt. Bei dem zwischenzeitlich durch die Kollegen erreichten Leistungsstand ist der notwendige Trainingsaufwand beträchtlich. Ausdauer- und Techniktraining müssen praktisch täglich durchgeführt werden, um leistungssteigernde Potentiale zu erschließen. Für dieses Jahr haben sich die beiden Spitzenskater besonders viel vorgenommen. Ihr erklärtes Ziel ist eine Verbesserung ihrer Bestzeiten. Der Ortsverband Hövelhof wünscht viel Glück und gutes Gelingen.

## Zitat des Monats

„Heute meint ja jeder Politiker, nur weil er einen Perser im Wohnzimmer hat, wäre er schon Nahost-Experte.“

Guido Westerwelle,  
Vorsitzender der FDP